

Karben, 25.03.2018

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Ingrid Lenz
Rathaus
61184 Karben

Sehr geehrte Frau Lenz,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Karben wird glyphosatfrei

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt alles im Rahmen ihrer Kompetenz mögliche zu tun, damit Karben eine glyphosatfreie Stadt wird.

Dazu werden folgende Einzelmaßnahmen ergriffen:

1. Die Stadt Karben verzichtet ab sofort bei allen Flächen unter ihrer Pflege und Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat. Ausnahmegenehmigungen für die Anwendung solcher Mittel auf Nichtkulturflächen werden ab sofort nicht mehr bei den Landesbehörden beantragt.
2. Private Unternehmen, die Aufträge seitens der Stadt zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, werden entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.
3. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für städtische landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet.
4. Wo immer es möglich ist, informiert die Stadt auch die Inhaber von privaten Kleingärten und vermittelt den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten.
5. Es wird für alle kommunalen Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne

andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.

Begründung:

Die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Die aktuelle Einstufung von Glyphosat durch die IARC bestätigt frühere Hinweise auf eine Kanzerogenität (krebserregende Wirkung) und Genotoxizität (Erbgutschädigung) des Wirkstoffs (vgl. http://www.pangermany.org/download/Glyphosat-Broschuere_2014.pdf, S. 21 ff).

Einige Bundesländer (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen) haben in Reaktion auf die IARC-Einstufung Erlasse gegen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Glyphosatanwendungen auf Nichtkulturland (u.a. im kommunalen Bereich) erlassen. Bereits 2013 hat sich der Bundesrat für ein Verbot glyphosathaltiger Herbizide für den Haus- und Kleingartenbereich ausgesprochen (Siehe [http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2013/0701-0800/70413\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2013/0701-0800/70413(B).pdf?__blob=publicationFile&v=3)). Zudem haben einige Bau- und Gartenmarktunternehmen wie toom, OBI und Bauhaus Glyphosatprodukte aus ihren Sortimenten genommen.

Die Stadt Karben nimmt dieses Handeln zum Vorbild und möchte mit diesem Beschluss gemäß dem Vorsorgeprinzip ihrer Mitverantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Unabhängig von der Frage nach gesundheitlichen Risiken ist eine wesentliche Reduktion des Glyphosateinsatzes auch in der Landwirtschaft aus ökologischen Gründen geboten, um den Insektenschwund und den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt in unseren Kulturlandschaften zu stoppen. Im Oktober 2017 wurde das Ergebnis einer Langzeitstudie publiziert, nach der sich die Insektenpopulationen in Deutschland seit 1989 um dramatische 75 Prozent reduziert haben.

Die Bundesregierung hat zuletzt auf europäischer Ebene leider einer Verlängerung der GlyphosatZulassung zugestimmt. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Karben als lokaler Akteur ihren Handlungsspielraum ausnutzt.

Mit freundlichen Grüßen,

Rainer Knak

Fraktionsvorsitzender